

PRESSEMITTEILUNG

PM 25/04

DEHOGA unterstützt Wirtschaftswarntag am 29. Januar

(Berlin, 28. Januar 2025) Gemeinsam für eine Wirtschaftswende: Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bundesverband) sendet eine klare Botschaft und beteiligt sich zusammen mit mehr als 100 Verbänden und Unternehmen am ersten bundesweiten Wirtschaftswarntag, der am Mittwoch stattfindet. Ziel ist es, die notwendige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in den Fokus des Bundestagswahlkampfs zu rücken.

„Am 23. Februar gilt es, bei der Bundestagswahl die richtigen Weichen zu stellen“, erklärt DEHOGA-Präsident Guido Zöllick das Engagement des Verbandes. „Es braucht jetzt entschlossenes Handeln für echte Problemlösungen und bessere Rahmenbedingungen für den Mittelstand. Das sorgt für Aufbruchstimmung, Optimismus und Zuversicht – bei Unternehmen, Beschäftigten wie Verbrauchern.“ Die Lage sei ernst. „Uns allen muss klar sein, dass nur mit einer starken Wirtschaft die notwendigen Investitionen in Infrastruktur, Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung sowie soziale und innere Sicherheit möglich sind.“

Kundgebung und zentrale Forderungen: Worauf es jetzt ankommt

Die zentrale Kundgebung in Berlin wird vom „Aktionsbündnis Wirtschaftswarntag“ organisiert, dem sich zahlreiche Wirtschaftsverbände und Unternehmen angeschlossen haben. Zusätzlich gibt es deutschlandweit regionale Aktionen. Die wesentlichen Forderungen aller Verbände sind eine geringere Steuerbelastung, weniger bürokratische Vorgaben, gedeckelte Sozialabgaben, geringere Energiekosten und mehr Flexibilität im Arbeitsrecht, um so im harten internationalen Wettbewerb die Chancen der heimischen Unternehmen wieder zu verbessern.

Gastgewerbe: Unverzichtbar für Wirtschaft und sozialen Zusammenhalt

Diese Forderungen finden sich so auch im [DEHOGA Wahlcheck 2025](#). Für das Gastgewerbe an vorderster Stelle steht darüber hinaus die einheitliche Besteuerung von Essen mit 7 Prozent Mehrwertsteuer. „Die steuerliche Benachteiligung unserer Branche gegenüber Essen zum Mitnehmen, Essenslieferungen und verpacktem Essen aus dem Supermarkt muss ein Ende haben“, so Zöllick und verweist auf die große wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Relevanz der Branche. „Das Gastgewerbe ist standorttreu und mit zwei Millionen Beschäftigten ein wichtiger Jobmotor. Unsere 200.000 steuerpflichtigen Unternehmen sichern und schaffen hier vor Ort Arbeitsplätze, sind fest verwurzelt in den Städten und Gemeinden und unverzichtbar für das Funktionieren der Wirtschaftskreisläufe. Unsere Betriebe tragen maßgeblich zur Lebensqualität und Attraktivität von Innenstädten und ländlichen Räumen bei, sind Orte der Begegnung und des Austausches – und damit heute wichtiger denn je. Auch diese hohe Bedeutung muss die Politik anerkennen und danach handeln.“ ■

Mehr zum Wirtschaftswarntag unter: <https://www.wirtschaftswarntag.de/>